



# HESSISCHER LANDTAG

03. 12. 2019

Plenum

## Entschließungsantrag

### Fraktion der SPD

#### **Expertenanhörung zur Bedrohungslage von kommunalpolitisch Tätigen, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern, Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften und anderen Verbänden und Organisationen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit Erschrecken zur Kenntnis, dass laut einer aktuellen Umfrage des Hessischen Rundfunks mehr als die Hälfte aller Landrätinnen und Landräte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister schon einmal beleidigt und sogar jeder Zehnte schon einmal bedroht wurde.
2. Der Landtag stellt fest, dass die zunehmende Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen, aber auch von Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften und anderen Verbänden und Organisationen insbesondere auf kommunaler Ebene ein inakzeptabler und nicht hinnehmbarer Zustand ist.
3. Der Landtag stellt fest, dass sich die Gesellschaft gegen diese Angriffe zur Wehr setzen muss, auch, um zu verhindern, dass sich künftig Menschen scheuen, aus Angst vor bedrohlichen Situationen Verantwortung zu übernehmen.
4. Der Landtag bittet den Innenausschuss, eine mündliche Anhörung zur Bedrohungssituation von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen, aber auch von Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften und anderen Verbänden und Organisationen durchzuführen, in welcher die Entwicklungen, Auswirkungen sowie Strategien, Konzepte und zur Verbesserung der Situation der Betroffenen erarbeitet werden.

#### **Begründung:**

Der Hessische Rundfunk hat eine Online-Umfrage unter allen 423 hessischen Gemeinden und 21 Landkreisen durchgeführt. Dabei wollte man u. a. wissen, ob und auf welche Weise Kommunalpolitikerinnen und -politiker schon einmal beleidigt oder bedroht worden sind. Rund 73 %, 322 Bürgermeister und Landräte, sind dem Aufruf gefolgt und haben sich an der Umfrage beteiligt. Dabei gaben zwei Drittel aller Kommunalverwaltungen an, schon mal beleidigt oder bedroht worden zu sein (64 %). Mehr als 200 Gemeinden und Landkreise hatten in den vergangenen 12 Monaten Probleme mit Anfeindungen. Von den Bürgermeistern und Landräten selbst wurde mehr als die Hälfte beleidigt (54 %), jeder Zehnte wurde bedroht (10 %). Mehr als jeder fünfte Bürgermeister oder Landrat (22 %), der bedroht oder beleidigt wurde, hat mit dem Gedanken gespielt, sein Amt aufzugeben. Fast jeder zehnte Bedrohte hat schon psychologische Hilfe in Anspruch genommen (9 %). Einige Betroffene beklagen das derzeitige Sicherheitssystem. Jeder Dritte fühlt sich von den Sicherheitsbehörden nicht ausreichend gegen Angriffe geschützt (29 %).

80 % sind der Meinung, der Respekt von Bürgern gegenüber Politikern habe abgenommen. Das ist einer der Gründe, warum viele fordern, dass der Gesetzgeber stärker gegen Hass und Hetze vorgeht. 84 % aller Befragten verlangen striktere Gesetze.

Die Umfrage des Hessischen Rundfunks hat zu Tage getragen, wie bedrohlich die Situation für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch für Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter mittlerweile ist. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor einer Gefahr für die lokale Demokratie und fordert Achtung und Respekt gegenüber den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Aber auch andere Organisationen auf kommunaler Ebene, wie Flüchtlingsorganisationen oder Gewerkschaften sind einer anderen Bedrohungslage ausgesetzt, als noch vor wenigen Jahren.

Im Rahmen der Anhörung sollen daher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sonstige kommunale Mandatsträgerinnen und -träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Behörden und Einrichtungen, aber auch Flüchtlingsorganisationen, Gewerkschaften und andere zu Wort kommen. Sie erhalten die Gelegenheit, dem Ausschuss Rückmeldung zu geben über persönliche Erfahrungen zur Verrohung des Miteinanders im Allgemeinen sowie zu Belästigungen, Beleidigungen, Bedrohungen und sonstigen Angriffen online wie offline im Besonderen, seien sie politisch oder anderweitig motiviert. Daneben soll im Rahmen der Anhörung beleuchtet werden, zu welchen Analysen und Schlussfolgerungen Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft mit Blick auf die Problematik kommen.

Wiesbaden, 3. Dezember 2019

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**